

# normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates

Finanziert vom Ministerium für Gesundheit und Soziales

Sachsen-Anhalt  
des Landes Sachsen-Anhalt

3/2002

## Thema: Das Wichtigste vom Runden Tisch des Landesbehindertenbeirates

Lesen Sie hier...

### Kürzung des Blinden- geldes erregte die Gemüter

Dass der Minister für Gesundheit und Soziales, Gerry Kley, sich durch den Leiter der Abteilung Soziales, Ministerialdirigent Dr. Dr. Reinhard Nehring vertreten ließ, stieß zwar auf deutliche Kritik unter den Anwesenden des 9. Runden Tisches, war aber nicht Hauptdiskussionspunkt am 19. Oktober dieses Jahres.

Nehring würdigte im Grußwort des Ministers das Engagement der Mitglieder der Behindertenvereine und Verbände, ohne die zahlreiche Projekte nicht zustande gekommen wären. Mit dem Hinweis, dass sich diese Gesellschaft keine Ausgrenzung von Menschen leisten könne, verwies er auf die Strategie der Landesregierung, eine Politik der Selbstbestimmung und Integration zu verfolgen. Das leere Staatssäckel ließ er dabei nicht unerwähnt. Dennoch seien in den vergangenen acht Jahren 147 Mio Mark in die Förderung von Behinderteneinrichtungen geflossen. Auch die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter konnte von 7942 (2001) Arbeitnehmer auf 6783 (2002) gesenkt werden. Nehring kam zum Ergebnis, dass Sachsen-Anhalt mit seiner Behindertenpolitik auf dem richtigen Weg zu besseren Lebensbedingungen behinderter Menschen sei. Letztendlich sei der Weg das Ziel.

In der anschließenden Diskussion ging

es vor allem um die Kürzung des Blindengeldes, die eine unzumutbare Belastung für Blinde und sehbehinderte Menschen darstellt. Im Lande stieß diese Kürzung auch deshalb auf Unverständnis, weil die 6 Mio Euro Blindengeld nur 0,06 Prozent des Haushaltes ausmachten, wie Hans-Peter Pischner, stellvertretender Vorsitzender des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Sachsen-Anhalt einwarf (siehe Seite 3). Mit einer deutlichen Entlastung der Haushaltssituation könne also nicht gerechnet werden.

Kritisch bewerteten die Anwesenden die Fragebogenaktion der Landesregierung zur Ermittlung des Hilfebedarfes. Auch wenn die Kommunen dafür zuständig seien, die Lebenssituation Behinderter zu erfassen, die in Familien leben, sollte sich die Landesregierung wenigstens dafür verantwortlich fühlen, dass festgestellt wird, welcher Hilfebedarf hier vorhanden sei. Schließlich dürften die Familien nicht dafür bestraft werden, dass sie sich selbst um ihre behinderten Angehörigen kümmern, anstatt sie in Heimen unterzubringen.

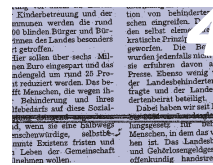
In seinem Bericht über die Arbeit des Landesbehindertenbeirates zeigte sich der Landesbehindertenbeauftragte Witt erfreut über die konstruktive und erfolgreiche Arbeit dieses Gremiums. (dam)

### Inhalt



#### Aktuelles:

Berichte aus den Arbeitsgruppen des Landesbehindertenbeirates; Abgeschoben? – Elternbrief zur Betreuungssituation



#### Prisma:

Neuer Ratgeber für behinderte Eltern/ Informantinnen



#### Vorgestellt:

Barbara Jäckel, Behinderterbeauftragte des Landkreises Sangerhausen



#### Vorgestellt:

Bernd Banz und seine Idee von der Ehrenamtsbörse



#### Vorgestellt:

Philipp Hubbe – der zipfelbärtige Spaßmacher und sein Tabuthema



#### Prisma:

Vorschau auf das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen

# Thema

## In den AG's für Behinderte viel geschafft

Kernpunkt neben der Diskussion zu Themen der Behindertenpolitik waren auch auf dem 9. Runden Tisch die Berichte aus den einzelnen Arbeitsgruppen.

Aus der Arbeitsgruppe "Behinderte Menschen und Arbeitswelt" meldete sich Herr Schubert zu Wort.

### Anzahl Arbeitsloser Behinderter erhöht sich

Schubert stellte fest, dass die bisherige Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheit und Soziales zufriedenstellend verlaufen sei. Für die weitere Arbeit wünschte sich die Arbeitsgruppe eine vollständige Übersicht der Fördermöglichkeiten für behinderte Menschen sowie Organigramme der Ministerien für Gesundheit und Soziales (MS) sowie Arbeit und Wirtschaft. Desweiteren solle in der nächsten Beratung der Arbeitsgruppe die Zusammenarbeit mit beiden Ressorts beraten werden.

Da die Arbeitsgruppe über Sachverstand und Praxiserfahrung in verschiedenen Bereichen verfüge, bot Schubert den Ministerien diese Sachkompetenz als Hilfe bei Entscheidungen an.

### Öffentlichkeitsarbeit gilt es zu verbessern

Für die Arbeitsgruppe "Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit" berichtete Frau Sterzke. Sie lobte die Verabschiedung der Behindertengleichstellungsgesetze auf Landes- und Bundesebene. Nun bleibe abzuwarten, wie die Gesetze in der Zukunft wirken und was sie bewirken. Dennoch könne man sich in dieser Position der Pflicht zur Wachsamkeit und Kontrolle nicht entziehen.

Zur Zeitung "normal!" stellte die Ar-



beitsgruppe fest, dass sich diese Publikation als unverzichtbares Instrument der Öffentlichkeitsarbeit etabliert hat. Sehr hilfreich für eine effiziente Arbeit haben sich der Redaktionsbeirat sowie die vertragliche Bindung der Redaktion und die Finanzierung durch das MS erwiesen.

Zur Internetpräsenz des Landesbehindertenbeauftragten merkte Frau Sterzke an, dass diese noch verbessert werden kann. Insgesamt zu beklagen sei jedoch die Pressearbeit vor allem, weil nach Meinung der AG die Probleme von behinderten Menschen in den Zeitungen zu wenig berücksichtigt würden. Und das trotz umfangreicher Zuarbeit.

### Umfassende Barrierefreiheit noch weit entfernt

Kontinuierliche Arbeit und gute Beteiligung an den Arbeitsgruppenberatungen bescheinigte Monika Ebenhahn in ihren Ausführungen den Mitgliedern der Ar-

beitsgruppe "Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur". Schwerpunkte der Arbeit waren Förderrichtlinien, speziell die Wohnungsanpassung für behinderte und ältere Menschen, der barrierefreie Tourismus, Fragen zum barrierefreien ÖPNV sowie Verstöße beim Bau öffentlicher Gebäude bezüglich der Gewährleistung von Barrierefreiheit. Unter anderem stellte die AG fest, dass es Unsicherheiten und Nachholbedarf bezüglich des barrierefreien Zugangs der Museen gäbe. 80% der Museen befände sich in denkmalgeschützten Häusern. Auch im touristischen Bereich bestünde erheblicher Nachholbedarf, um Behinderten Freizeit- und Erholungseinrichtungen zugänglich zu machen.

### Integrative Beschulung war ein Schwerpunkt

Die AG "Rehabilitation und Integration" sieht die persönliche Situation für eine integrative Beschulung kritisch, wie deren Sprecherin, Frau Dr. Jutta Hildebrand ausführte. Nach wie vor sei die Vermittlung der deutschen Gebärdensprache in den Schulen nicht selbstverständlich. Nicht aus den Augen verlieren dürfe man, dass behinderte Kinder über 14 Jahre nach dem Kinderbetreuungsgesetz nicht betreut werden. Für sie müssten Möglichkeiten geschaffen werden, damit ihre Eltern ihre Berufstätigkeit nicht einschränken müssen. Als Höhepunkt der Arbeit schätzte die AG die Landeskonferenz zum Thema "Gentechnologische und biomedizinische Forschung am Menschen – wie weit darf sie gehen?" ein. Mit der Problematik Enthospitalisierung und Entwicklung bedarfsgerechter Betreuungsstrukturen konnte sich die AG leider nicht so ausführlich wie gewünscht befassen.



### **Am Runden Tisch aufgeschnappt:**

**Los-Beeilung! - Die Rollstuhlfahrer sind sonst zuerst am Buffet...**



# Thema

Heftig diskutiert wurde am Runden Tisch die Fragebogenaktion der Landesregierung zur Bedarfserhebung. Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass auch der Hilfebedarf derjenigen Behinderten erfasst werden müsse, die in Familien leben. Unter der Überschrift

## **Von der Gesellschaft abgeschrieben?**

erreichte uns zu diesem Thema ein Brief betroffener Eltern aus Wittenberg:

Wir, die Eltern von fünf schwer geistig und körperlich behinderten Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, stehen bereits seit Abschluss des Schuljahres 2001/2002 vor dem Problem, dass wir nicht wissen, wo unsere Kinder zukünftig betreut werden. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen haben wir auf Anraten des Arbeitsamtes und des Sozialamtes bereits in den Jahren 2000/2001 die erforderlichen Anträge zur beruflichen Rehabilitation gestellt. Die genannten Behörden ließen uns glauben, dass nach der Schulentlassung eine nahtlose Übernahme in die Fördergruppe der WfB gesichert ist. Kurz vor Ablauf des Schuljahres im April stellten wir fest, dass eine Unterbringung der Jugendlichen in der Fördergruppe der WfB aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist. Und das, obwohl den zuständigen Behörden die Notwendigkeit der Betreuung bekannt war. Nachweislich sind von den dafür Verantwortlichen keine Anträge zur Kapazitätserweiterung der WfB rechtzeitig gestellt worden. Um eine Härtesituation zu verhindern, entschied das staatliche Schulamt Gräfenhainichen die Gewährung eines Gastschülerverhältnisses bis maximal zur Beendigung des Schuljahres 2002/2003. Damit ist das Problem aber nicht gelöst, denn zum derzeitigen Stand sind die Jugendlichen ab Juli 2003 ohne Tagesbetreuung! Sind unsere Kinder von der Gesellschaft bereits abgeschrieben???

## **Blitzlicht**

### **Unverfrorener Eingriff in die Situation der Behinder- ten Menschen**

Neben vielen anderen, aus meiner Sicht eher kontraproduktiven Einsparungszielen der Landesregierung vor allem zu Lasten der Kinderbetreuung und der Kommunen werden die rund 5.400 blinden Bürger des Landes besonders hart getroffen.

Hier sollen über sechs Millionen Euro eingespart und das Blindengeld um rund 25 Prozent reduziert werden. Das betrifft Menschen, die wegen ihrer Behinderung und ihres Hilfebedarfs auf diese Sozialleistung dringend angewiesen sind, wenn sie eine halbwegs menschenwürdige, selbstbestimmte Existenz fristen und am Leben der Gemeinschaft teilnehmen wollen.

Das Geld dient vor allem der Sicherung der nötigen Hilfe im Alltag und eines Minimums an Mobilität, bei der Informationsbeschaffung und der Beschaffung der leider sehr kostspieligen technischen Hilfsmittel.

Blindengeld wird in Deutschland seit Jahrzehnten nach Landesrecht gezahlt, in den meisten Bundesländern liegt es derzeit bei 579 Euro, in Sachsen-Anhalt bei nur 430 Euro. Es entspricht hier also in etwa dem Pflegegeld der Stufe II der Pflegeversicherung.

In Sachsen-Anhalt war das Landesblindengeld übrigens 1992 unter der damaligen CDU-FDP-Regierung eingeführt worden und zwar ziemlich einmütig.

Seit 1998 wurde der Betrag nicht mehr dynamisiert, sondern auf dem heutigen Niveau "eingefroren". Wir Blinden fügten uns notgedrungen angesichts der auch damals nicht rosigen Haushaltslage, protestierten aber heftig, als die Regierung Höppner 1999 den Rotstift – wenn auch in weit geringerem Maße als heute – ansetzen wollte. Damals gelang es, das Landesblinden- und Gehörlosengeld unverändert zu erhalten, auch mit Unterstützung der seinerzeit oppositionellen CDU.

Jetzt aber will die neue Landesregierung unverfroren und übermäßig in die soziale Situation von behinderten Menschen eingreifen. Dabei werden selbst elementare demokratische Prinzipien über Bord geworfen. Die Betroffenen wurden jedenfalls nicht gehört. Sie erfuhren davon aus der Presse. Ebenso wenig wurden der Landesbehindertenbeauftragte und der Landesbehindertenbeirat beteiligt.

Dabei haben wir seit November 2001 ein Landesgleichstellungsgesetz für behinderte Menschen, in dem das vorgesehen ist.

Das Landesblinden- und Gehörlosengeldgesetz soll offenkundig handstreichartig im "Haushaltssanierungsgesetz" novelliert werden. Damit haben die Abgeordneten aus unserer Sicht keine Chance, in dieser wichtigen Frage nach ausführlicher Diskussion und Anhörung der Betroffenen nach ihrem Gewissen zu entscheiden.



Hans-Peter Pischner  
Stellvertretender Vorsitzender des  
Blinden- und Sehbehindertenverbandes  
des Sachsen-Anhalt e.V.



## Weiterbildung

Der bifos e.V. bietet eine neue «Weiterbildung zur/zum TourismusberaterIn für barrierefreies Reisen» an. Damit sollen behinderte Menschen in den nächsten 1 1/2 Jahre in sieben Seminarblöcken dazu qualifiziert werden, Tourismusunternehmen, Hotels, Gaststätten oder Kommunen dabei zu beraten, wie diese ihre Angebote so gestalten, dass sie auch für behinderte und ältere Menschen attraktiv sind. Zudem sollen sie später andere behinderte Menschen bei deren Urlaubsplanung unterstützen können.

Eine barrierefreie Planung und Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten und die Durchführung von Stärken-Schwächen-Analysen für eine barrierefreie Region stehen in der Weiterbildung genauso im Mittelpunkt, wie die Öffentlichkeitsarbeit. Die Bewerbung ist beim bifos e.V., Kölnische Straße 99, 34119 Kassel, Tel. 0561/72885-25 möglich, wo auch die Ausschreibung angefordert werden kann.

4

## Alte BahnCard S wurde abgeschafft

Spontanreisen für Senioren und Behinderte wurden ab 15. Dezember teurer. Das neue Preissystem der Bahn benachteiligt ältere, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen, weil die BahnCard S abgeschafft wurde, so der Präsident des Sozialverbands Deutschland (VdK), Walter Hirrlinger. Er forderte die Deutsche Bahn AG auf, das am 15. Dezember in Kraft getretene Preissystem nachzubessern, damit auch Senioren und Menschen mit Behinderungen jederzeit zu günstigen Konditionen verreisen können wie es bisher mit einem Nachlass von 50 Prozent für Inhaber der BahnCard S möglich war.

## Neuer Ratgeber für behinderte Eltern

Lange schon warten Behinderte und chronisch kranke Eltern auf Informationsmaterial über spezielle Hilfsmittel, die ihren Alltag bei der Familienarbeit erleichtern können. Jetzt können sie dazu im Ratgeber «Kinderanhänger für E-Rollstuhl gesucht - Spezielle Hilfsmittel für behinderte und chronisch kranke Eltern» nachlesen.

Im Rahmen der internationalen Fachmesse für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf – REHACARE im Oktober 2002 – hat der Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern - bbe

e.V. - seinen neuen Ratgeber vorgestellt. Nach «Assistenz bei der Familienarbeit für behinderte und chronisch kranke Eltern» ist dies der zweite Band der bbe-Ratgeberreihe.

Die Broschüre ist ab Dezember 2002 bei der Broschürenstelle des BMFSFJ unter 0180 53 29 329 kostenlos erhältlich. Alternativausgaben für sehbehinderte und blinde Menschen gibt es ebenfalls kostenlos bei der Info- und Dokumentationsstelle des bbe e.V., Am Mittelfelde 80, 30519 Hannover, **Tel.: 0511/69 63 256, E-Mail: bbe.indokus@gmx.de**

### Woher bekommt man einen Schlüssel für die öffentlichen Behindertentoiletten?

Der CBF Darmstadt vertreibt zentral in Deutschland und in das europäische Ausland den EURO-Toilettenschlüssel. Das Verzeichnis „DER LOCUS“ enthält über 4.700 Toilettenstandorte in Deutschland und Europa (siehe auch Veröffentlichungen).

Der CBF ist darauf bedacht, dass der Schlüssel Behinderten ausgehändigt wird, die auf behindertengerechte Toiletten angewiesen sind. Das sind: schwer Gehbehinderte; Rollstuhlfahrer; Stomaträger; Blinde; Schwerbehinderte, die hilfsbedürftig sind und gegebenenfalls eine Hilfsperson brauchen; an Multipler Sklerose, Morbus Crohn und Colitis Ulcerosa Erkrankte. Auf jeden Fall erhalten Sie einen Schlüssel, wenn Sie das Merkzeichen: aG, B, H, oder BL,G und 70 % aufwärts, 90/100 % im Schwerbehindertenausweis haben. Um Missbrauch zu vermeiden, wird bei der Bestellung des EURO-Schlüssels um Zusendung einer Kopie des Schwerbehindertenausweises gebeten.

Da die Schlüssel per Vorauszahlung verschickt werden, sollten Interessenten den entsprechenden Betrag von

- EUR 13,00 für einen EURO-Toilettenschlüssel oder
- EUR 8,00 für den Behindertentoilettenführer „DER LOCUS“ oder
- EUR 18,00 für den Schlüssel und das Verzeichnis „DER LOCUS“

in Form eines Verrechnungsschecks sowie die Kopie des Schwerbehindertenausweises an folgende Adresse senden

**CBF Darmstadt**  
**Euro-Toilettenschlüssel Pallaswiesenstr. 123a**  
**64293 Darmstadt**

Behinderten- oder ähnliche Einrichtungen können den EURO-Toilettenschlüssel auf Rechnung erhalten; das Einreichen der Ausweiskopie entfällt hier. Quelle: <http://www.cbf-da.de>



## Ausstellung

*"Bilder, die noch fehlten" – Zeitgenössische Fotografie – die Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums und der Deutschen Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V. ist im Rahmen der nationalen Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen im Landesfunkhaus des mdr zu sehen.*

# Vorgestellt

## **"Zufrieden kann man niemals sein ..."**

...ist sich die Behindertenbeauftragte des Landkreises Sangerhausen, Barbara Jäckel, sicher. Zufriedenheit bedeutet Stagnation und die kann man sich in der Behindertenarbeit nicht leisten. Immerhin gibt es noch eine Menge Defizite, die es zu beseitigen gilt. In der Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel: "Die lässt wirklich zu wünschen übrig", weiß Frau Jäckel und arbeitet deshalb auch in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Runden Tisches mit. Natürlich wünscht sich Barbara Jäckel in diesem Zusammenhang, dass die Behinderten selbst aktiver werden, denn leider hat sie die Tendenz erkannt, "dass sich Behinderte immer mehr zurück ziehen". Sie kann das nachvollziehen, was nicht heißt, dass sie es einfach hinnimmt. "Schauen Sie, wie die Menschen miteinander umgehen: Da werden ausgewiesene

ne Behindertenparkplätze von anderen Autofahrern besetzt oder Busfahrer wollen partout nicht die Haltestellen ansagen." Für Barbara Jäckel sind solche alltäglichen Missachtungen behinderter Bürger Ärgernisse, die es zu beseitigen gilt. Hartnäckig geht die gelernte Krippenerzieherin deshalb solche scheinbaren Kleinigkeiten an. Barbara Jäckel, die viele Jahre als Krippenleiterin gearbeitet hat und 1990 ihre Verwaltungstätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises begann, betreut die behinderte Klientel seit 1998. Dabei sieht sie durchaus Anknüpfungspunkte an die Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte. Immerhin engagieren sich viele Frauen in sozialen Bereichen.

In ihrer Arbeit erfährt Frau Jäckel viel Unterstützung aus den elf Behindertenvereinen und 36 Selbsthilfegruppen des Landkreises. Frau Jäckel ist Ansprechpartnerin für 4.636 behinderte Bürger. Das



sind 6,9 % der Bevölkerung des Landkreises, nennt sie ein paar Zahlen. Über die Hälfte der Behinderten ist 60 Jahre und älter. Tendenz – wie überall - steigend.

Deshalb findet man Frau Jäckel auch oft vor Ort der Probleme. "Eine reine Schreibtischarbeit kann ich mir nicht vorstellen."

(dam)

## **Von Statistik bis Rechtsgrundlagen alles drin**

Gleichermaßen interessant für Arbeitgeber wie für behinderte Arbeitnehmer dürfte die neue Publikation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen sein, die in diesem Jahr erschienen ist. Unter dem Titel "ABC Behinderung & Beruf – Handbuch für die betriebliche Praxis" findet man Daten und Fakten zum Thema Schwerbehinderung und

Arbeit sowie ein umfangreiches Fachlexikon. Konkrete Hilfen und Ansprechpartner sind im dritten Kapitel aufgeführt. Sehr übersichtlich gestaltet kann man sich hier einen schnellen Überblick verschaffen, wer bei welchen Fragen hilft. Sehr ausführlich sind die Leistungen für behinderte Menschen im Beruf dargestellt. Unter der Rubrik "Finanzielle Leistungen an den Arbeitgeber" werden Fördermöglichkeiten, Voraussetzungen und die zuständigen Stellen genannt, bei denen die Förderung beantragt werden muss.

Ein ausführlicher Teil zu den Rechtsgrundlagen der Behindertenpolitik rundet die Publikation ab und macht sie zu einem hilfreichen Ratgeber.

## **Wahl der Schwerbehindertenvertretungen**

Derzeit werden in Verwaltungen und Betrieben, in denen mindestens fünf Schwerbehinderte nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, wieder Schwerbehindertenvertretungen gewählt.

Diese Wahlen finden alle vier Jahre statt. Nach SGB IX sind alle in dem Betrieb oder in der Verwaltung beschäftigten Schwerbehinderten wahlberechtigt. Alter, Dauer der Dienstzugehörigkeit und Arbeitszeit spielen dabei keine Rolle. Wahlberechtigt sind also auch Schwerbehinderte, die zu den Dienststellen abgeordnet sind.

Wählbar sind volljährige Betriebsangehörige, die in dem Unternehmen mindestens seit sechs Monaten beschäftigt sind.



## **Ehrenamtsbörse kann helfen Bernd Banz und seine Idee**



*Kämpfte lange für seine Idee: Bernd Banz richtete die Magdeburger Ehrenamtsbörse ein.  
Fotos: K. Herber*

**6**

Die Idee ist gut“, das weiß Bernd Banz. In den Sinn gekommen ist sie ihm bei einer seiner Reisen. In der Bundeshauptstadt Berlin stand Rollstuhlfahrer Bernd Banz vor einer Treppe, wollte hinauf – doch weit und breit kein Aufzug. „Da hab’ ich mir gedacht, es müsste eine Servicestelle geben, die ich anrufe und die mir eine Begleitperson vermittelt.“ Diese Person hätte Herrn Banz dann die Treppen hinaufhelfen können und ihm auch sonst während der Eisenbahnfahrt von seiner Wahlheimatstadt Magdeburg nach Berlin Gesellschaft leisten können. „Es gibt so viele einsame Menschen, die eine Aufgabe suchen“, weiß Banz.

Was folgt, sind zwei Jahre, in denen Bernd Banz „kämpft wie ein Bär“, damit die Behörden alle Anträge genehmigen. Aufgeben – Niemals! Das passt einfach nicht zur rheinischen Frohnatur Bernd Banz. Aufgegeben hatte er sich auch nicht, als er vor zwölf Jahren nach einem

Autounfall sein rechtes Bein verlor.

Nun also ist aus dem guten Einfall Wirklichkeit geworden – und dies kein halbes Jahr nachdem überwältigend viele freiwillige Helfer Sandsäcke geschleppt hatten, um die Häuser ihnen meist fremder Personen vor der Jahrhundertflut zu retten. Seit Oktober vermittelt Bernd Banz Menschen, die anderen Menschen helfen. „Ehrenamtsbörse“ nennt der 52-Jährige seine Serviceagentur, die mitten in der Magdeburger Innenstadt ihr Büro hat – im Untergeschoss des Karstadt-Warenhauses. Auf 20 Quadratmetern zwischen Gardinen und Kochtöpfen hat Banz Schreibtisch und Computer aufgebaut. Dorthin kommen etwa die junge Mutter, die kurzfristig einen Babysitter braucht; die ältere Dame, die ihre Einkäufe nicht mehr alleine schleppen kann; der Rollstuhlfahrer, der gern sein Wohnzimmer tapezieren möchte. Bezahlt wird für die vermittelte Hilfe so gut wie gar nichts. Wer sich helfen lässt, muss lediglich für einen Beitrag von zwölf Euro im Jahr Mitglied werden im Verein „Holiday for Handicap“, dem Träger der Ehrenamtsbörse.

Koordiniert wird die Hilfe derzeit durch acht behinderte Mitarbeiter, die auf ABM-Basis bei der Ehrenamtsbörse angestellt sind. Banz indes gönnt sich keine Ruh’, plant schon weiter: Aus ABM sollen feste Stellen werden, die Ehrenamtsbörse soll sich in allen großen Städten Sachsens-Anhalts ausbreiten – so hofft Banz. Und hat noch einen besonderen Wunsch: „Man kann mit behinderten Menschen was anfangen, das will ich beweisen“, sagt er.

Wer helfen möchte oder Hilfe sucht, erreicht die Ehrenamtsbörse telefonisch unter **03 91/ 5 95 96 55** oder im Internet unter der Adresse **www.eab.de.vu**.

*(Kathleen Herber)*

## **Behinderte auf Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt**

Magdeburg (ddp-Isa). Behinderte Menschen zwischen Arendsee und Zeitz sind auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Zu diesem Ergebnis kommt der Behindertenreport des Landes Sachsen-Anhalt. Er basiert auf einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2001 unter zufällig ausgewählten 1744 Personen. 'Es ist anzunehmen, dass viele der Schwerbehinderten trotz starker Ausprägung des Handicaps auf geeigneten Arbeitsplätzen einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnten', heißt es in dem Papier.

Gegenwärtig sind nach Angaben des Landesarbeitsamtes 7000 schwerbehinderte Frauen und Männer in Sachsen-Anhalt arbeitslos. Das Ziel des im April 1999 bundesweit aufgelegten 'Aktionsprogramms Berufliche Integration Schwerbehinderter' (ABIS) wurde nach Einschätzung der Behörde bis zum Ablauf der Aktion Ende Oktober nicht erreicht. Es sah vor, die Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe bis Oktober 2002 bundesweit um 25 Prozent zu senken. In Sachsen-Anhalt sei es bisher gelungen, die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten um 1200 zu senken.

Bei der Einstellung Behinderter könnten die Unternehmen im erheblichen Umfang Zuschüsse in Anspruch nehmen. Wenn die bundesweite Zielstellung nicht erreicht wird, ist mit einer Anhebung der Beschäftigungspflichtquote zu rechnen.

### **Der Druckfehlerteufel**

wollte Sie auf Seite 7 unserer 2. Ausgabe kräftig zur Kasse bitten. Aber der Komfortzuschlag für den Anrufbus beträgt nicht 50 Euro sondern **50 Cent**.



# Vorgestellt

Philipp Hubbe zeichnet politische Karikaturen und auch Cartoons über Rollstuhlfahrer.

## Der zipfelbärtige Spaßmacher mit dem Tabu-Thema

„Na, fällt Ihnen nicht was ein?“ Philipp Hubbe quält schon wieder diese eine Frage: „Zu welchem Thema zeichne ich heute meine Karikatur?“ Doch der Besucher weiß auch keinen Rat. Ist es Boris Becker vor Gericht oder doch zum x-ten Mal die Diskussion um höhere Steuern, denen sich Karikaturist Philipp Hubbe mit spitzer Feder kommentierend widmen soll?

Der 36-Jährige setzt sich zu den gespitzten Holzbuntstiften an seinen Schreibtisch. „Welches Thema?“ Von den Wänden der Altbauwohnung blicken knollnasige Comicfiguren auf den zipfelbärtigen Zeichner herab. Sein Blick wandert aus dem Fenster auf eine Magdeburger Häuserzeile.

Jeden Tag eine Pressekarikatur abliefern zu müssen – eine innere Anspannung ist da schon auch jedes Mal vorhanden und fällt erst wieder von



Hubbe ab, wenn er spätestens 16 Uhr die fertige Zeichnung ins Faxgerät schiebt und an acht Regionalzeitungen schickt.

Diese Arbeit indes, das sagt Hubbe mit großer Überzeugung – sie hilft ihm: „Ich glaube, sonst würde es mir nicht so gut gehen.“ 1988 war es. Da wurde bei Philipp Hubbe die Diagnose gestellt: Multiple Sklerose (MS).

Zu diesem Zeitpunkt empfahlen ihm die Ärzte, sich einen Beruf zu suchen, für den er seine Hände nicht gebrauchen müsste. Hubbe aber wollte immer schon Zeichner werden, kopierte als Kind bereits die Abrafaxe aus dem „Mosaik“. Das Talent hatte er wohl geerbt – vom Großvater, einem studierten Heimatmaler. Noch einige Jahren vergingen, bis Hubbe nach abgebrochenem Mathematikstudium, Schichtarbeit im Keramikwerk und Job als Wirtschaftskaufmann ab 1992 aus der Zeichnererei einen Beruf machte. „Endlich“, wie er sagt.

Er hat wohl auch bisschen Glück gehabt: Die Krankheit, die in unberechenbaren Schüben ausbrechen kann, hat bei ihm bisher lediglich dazu geführt, dass seine Kraft ein bisschen nachgelassen hat. Die Feinmotorik seiner rechten Hand funktioniert zudem nicht mehr optimal. Zeichnen kann Hubbe dennoch – er ist Linkshänder. Und sein Erfolg spricht für sich: Neben seiner Arbeit als Pressekarikaturist und Zeichner für Werbeagenturen konnte Hubbe seine Cartoons bereits

mehrmals in Ausstellungen präsentieren. Neulich drehte das ZDF einen Bericht über ihn. Und nun wurde die Qualität seiner politischen Karikaturen in einem deutschlandweiten Wettbewerb gar mit einem dritten Preis ausgezeichnet.

Für ausbaufähig hält er indes ein ganz anderes Thema: Seit gut zwei Jahren macht Hubbe nun auch Witze über Behinderte im Allgemeinen und über Rollstuhlfahrer und MS-Kranke im Speziellen. Dazu ermutigt hatten ihn die provokativen Zeichnungen des querschnittsgelähmten US-amerikanischen Cartoonisten John Callahan. Ein Knäuel aus Armen, Beinen, Köpfen und Rollstühlen ist da bei Hubbe auf einer Zeichnung zu sehen. Mehrere Rollstuhlfahrer sind wohl soeben aufeinander gekracht und umgekippt. Ein Mann im Wollpulli kommt angelaufen, will helfen. „Nein Danke! Wir sind eine Selbsthilfegruppe“, sagt einer aus dem Rollifahrer-Knäuel. „Wir Behinderte wollen als ganz normale Menschen behandelt werden – man muss also auch über uns lachen können“, ist die Idee, die hinter Hubbes Arbeit steht. Er will das Thema „Behinderte und Humor“ enttabuisieren, will die Heuchelei im Umgang mit behinderten Menschen abbauen. Und lässt dabei bisweilen durchblicken: „Ich habe einen ziemlich schwarzen Humor“, so Hubbe über Hubbe.

Philipp Hubbe steckt den Zeichenstift zufrieden in den getöpferten Tonkrug zu den Buntstiften zurück. „Fertig.“ Nicht Boris Becker, auch nicht die Steuern, nein, Möllemann und die rätselhafte Suche nach den Spender-Namen ist Hubbes Thema des Tages geworden.

@ Comics und Zeichnungen aus der Feder Philipp Hubbes sind auch im Internet präsent: auf Hubbes Homepage mit der Adresse [www.hubbe-cartoons.de](http://www.hubbe-cartoons.de).

(Kathleen Herber)



## Nationale Eröffnungsveranstaltung in Magdeburg

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen wird am 21. und 22. Februar 2003 für Deutschland in Magdeburg eröffnet.

Ganz im Sinne des Ratsbeschlusses der EU, der getreu dem Motto: "Nichts über uns ohne uns" eine starke Beteiligung der Menschen mit Behinderungen bei der Umsetzung des Jahres voraussetzt, wird das Jahr aus der Sicht der Betroffenen eingeleitet.

Das Programm sieht für die zwei Tage wie folgt aus:

### Freitag, 21. Februar 2003:

Folgende Grundsatzreferate sind vorgesehen:

1. Ziele und Schwerpunkte des EJMB 2003
2. Selbstbestimmt Leben mit persönlicher Assistenz! Das Modell Schweden
3. Barrierefreiheit umsetzen! Die Instrumente des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)
4. Benachteiligung im Alltag abbauen! Das Erfordernis zivilrechtlicher Gleichstellung
5. Lebensrecht absichern! Die Notwendigkeit des ethischen Diskurses.

Am Abend wird eine kultureller Teil unter dem Motto "Jazz reißt die Barrieren nieder" unter Mitwirkung von Corinna May, Franz Badura und einer Jazz Big Band den ersten Tag abrunden.

### Samstag, 22. Februar 2003:

Für den zweiten Tag werden in vier Arbeitsgruppen die Schwerpunkte für das Europäische Jahr zur Diskussion gestellt:

AG 1: Soziale Teilhabe statt Pflege:

1. Assistenz organisieren
2. Assistenz finanzieren
3. Assistenz absichern

AG 2: Überlegt planen statt Barrieren errichten:

1. Internetstandards umsetzen
2. Nahverkehrspläne gestalten
3. Barrierefrei bauen

AG 3: Gleich achten statt diskriminierend verhalten:

1. Im Alltag handeln können
2. Vorurteilen begegnen
3. Gewalt verhindern

AG 4: Leben ermöglichen statt Behinderte selektieren:

1. Geburt ermöglichen
2. Gesundheit absichern
3. Sterben begleiten

## SURFTIPPS:

[www.eypd2003.org](http://www.eypd2003.org)

Offizielle Homepage des Europäischen Jahres für Menschen mit Behinderungen

[www.ejmb2003.de](http://www.ejmb2003.de)

Homepage des Nationalen Koordinierungsausschusses des Europäischen Jahres für Menschen mit Behinderungen

[www.integrationsaemter.de](http://www.integrationsaemter.de)

Hilfe für schwerbehinderte Menschen

[www.kein-handicap.de](http://www.kein-handicap.de)

Job-Börse für behinderte Menschen

[www.hilfsmittelboerse.de](http://www.hilfsmittelboerse.de)

übersichtliche Hilfsmittelbörse

[www.leuchtloeffel.de](http://www.leuchtloeffel.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen (v.i.S.d.P.)  
Turmschanzenstraße 25  
39114 Magdeburg  
Tel.: **0391 567-6985/4564**  
Fax: **0391 567-4052**  
[behindertenbeauftragter@ms.lsa-net.de](mailto:behindertenbeauftragter@ms.lsa-net.de)

### Redaktion:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates,  
Silvia Dammer (verantw. Red.)  
Tel.: **034920 65 007**  
Fax: **034920 65 008**  
Fotos S. 2: Bernd Banz

### Satz:

Dammer Verlag, Jahmo, Nr. 6  
06895 Kropstädt

### Druck:

LEWERENZ medien + druck  
Coswig/Sachsen-Anhalt



## Marsch durch Europa

Tausende Aktivitäten und Veranstaltungen werden

im Laufe des Jahres in den verschiedenen teilnehmenden Ländern stattfinden. Sie werden durch einen Marsch durch Europa miteinander verbunden, der im Januar 2003 in Griechenland beginnt, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union

durchläuft und im Dezember 2003 in Italien endet. Der Marsch wird durch einen Kampagnen Bus begleitet.

Durch Deutschland wird der Marsch vom 21. Mai bis 1. Juni und vom 25. September bis 28. Oktober 2003 führen.

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage des Nationalen Koordinierungsausschusses: [www.ejmb2003.de](http://www.ejmb2003.de)

2003